

ENERGIE

Schattenseite des Lichts

Die Strompreise in Deutschland steigen weiter an. Dafür verantwortlich sind auch die hohen Kosten für den Ökostrom.

Es sah aus wie verabredet – und geschah wie so oft in den vergangenen Jahren im Spätherbst: Die Strompreise würden ab Januar angehoben, verkündete zunächst der fünftgrößte Versorger Deutschlands, die EWE in Oldenburg. Um satte 14 Prozent soll der Tarif steigen.

Kurze Zeit später folgte Vattenfall, die Nummer vier in der Rangliste der Stromkonzerne. Bis zu 6 Prozent sollen deren Kunden – je nach Region – demnächst mehr berappen. Zahlreiche kleinere Versorger schlossen sich im Lauf des Tages an. Als die Woche zu Ende ging, hatten mehr als 40 Unternehmen die Strompreise zum Teil drastisch angehoben.

Selbst die sonst eher zurückhaltenden Ökostromanbieter wie Lichtblick oder Greenpeace Energy zogen mit – und nannten für den neuerlichen Preissprung ungewohnte Argumente; denn anders als in den vergangenen Jahren ist diesmal nicht allein die Marktmacht der vier großen Versorger E.on, RWE, EnBW und Vattenfall sowie der immer noch mangelnde Wettbewerb verantwortlich für die Aufschläge. Genannt wurden Gründe, die bislang kaum jemand auf der Rechnung hatte: steigende Netzkosten und das Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz EEG.

Verabschiedet wurde es im Jahr 2000 von der rot-grünen Koalition. Detailliert ist darin geregelt, dass regenerative Energien wie Wind, Wasser oder Solarstrom eine bevorzugte Behandlung erfahren.

Sie müssen von den Netzbetreibern vorrangig ins Netz eingespeist werden. Und unabhängig vom jeweiligen Preis an der Strombörse EEX in Leipzig erhalten die Betreiber solcher Anlagen eine feste Vergütung, die auf die normale Stromrechnung umgelegt wird.

Für Strom aus Windkraftanlagen etwa werden zwischen 5 und 9 Cent pro Kilowattstunde vergütet, für Wasserkraft bis zu 13 und für Strom aus Photovoltaikanlagen sogar bis zu 43 Cent. Das ist deutlich mehr, als die Produktionskosten in einem Gas- oder Atomkraftwerk ausmachen. Und diese Preise lagen höher als die an der Börse, zumal die Preise dort durch die Wirtschaftskrise teils heftig gefallen waren.

Die Regierungen – egal welcher Couleur – halten diese Mehrkosten für berechtigt. Mit dem Geld, so ihre Argumen-

tation, soll den Vorreitern bei der Umstellung auf eine sauberere Energieerzeugung eine Art Starthilfe gegeben werden.

Das sei quasi die Schattenseite des Lichts. In einigen Jahren soll sich der Ökostrom selbst tragen, weil sich die Technik verbessert und fossile Brennstoffe knapper und teurer werden. Nur auf diesem Weg lasse sich ein großer Teil der Stromversorgung zügig auf CO₂-freie Produktionen wie Offshore-Parks im Meer umstellen und eine Flut möglicher Folgekosten des Klimawandels eindämmen.

Tatsächlich sind die Zahlen beeindruckend. Mehr als 15 Prozent des Stroms werden derzeit von Windrädern oder Wasserkraftwerken produziert. Knapp 10 Milliarden Euro – oder rund 70 Euro für einen Vier-Personen-Haushalt – rechnet CDU-Umweltminister Norbert Röttgen, werden die Verbraucher dafür im nächsten Jahr bezahlen müssen.

Für die Integration der geplanten Offshore-Windparks an den Küsten werden weitere Milliardeninvestitionen in das Stromnetz fällig. Auch die werden mittelfristig auf die Stromkosten durchschlagen.

Da hilft es wenig, dass Verbände und Politiker wie die Grüne Bärbel Höhn reflexhaft gegen die Preiserhöhung wetterten. Die Umstellung auf eine saubere Stromproduktion, heißt es selbst bei Ökostromanbietern, sei nun mal nicht zum Nulltarif zu haben. Und es gehöre zur Redlichkeit von Politik wie Betreibern, den Verbrauchern das auch klar zu sagen.

Verwegen jedoch ist der Versuch von Vattenfall und Co., die komplette Strompreiserhöhung von teilweise über zehn Prozent nur mit dem EEG entschuldigen zu wollen. Denn anders als die Energiebosse suggerieren, ist der Strompreis keine schicksalhafte Größe. Er ist abhängig von einer geschickten Einkaufspolitik, von eigenen Kosten und vor allem von der Qualität und Zuverlässigkeit der Netze und Kraftwerke.

Genau dabei haben sich viele Versorger vergangenes Jahr verzockt, weil sie in einem bewegten Markt entweder zu früh zu Höchstpreisen eingekauft hatten oder wie etwa Vattenfall wegen eklatanter Schlampereien langwierige Ausfälle ihres Atomkraftwerks in Krümmel verkraften mussten.

Wie beachtlich der Spielraum ist, zeigen nicht nur einige Stadtwerke, die ihre Preise zum Januar sogar senken. Ausgerechnet die Oligopolisten RWE und E.on verzichten auf eine Erhöhung – allerdings wohl nicht aus reiner Kundenfreundlichkeit.

Die Zurückhaltung der Multis habe einen triftigen Grund, heißt es intern: In den Konzernzentralen will man die neue Bundesregierung nicht unnötig verärgern. Im Frühjahr sollen die Verhandlungen über eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke beginnen. Dabei geht es für die Branchenführer um mehr als ein paar Millionen Euro Strompreiserhöhung.

FRANK DOHMEN, CHRISTIAN SCHWÄGERL



Strompreis

Durchschnittliche Stromrechnung eines Drei-Personen-Haushalts im Monat in Euro

Quelle: BDEW, Verivox

